

Kapitel

Initiator*innen: LAG Flucht und Migration (dort beschlossen am: 20.10.2022)

Titel: **Ä185 zu WP2: Was wir als Gesellschaft brauchen**

Text

Von Zeile 2636 bis 2638:

Teilhabe in der Migrationsgesellschaft braucht Integrationsgesellschaft ermöglichen

~~Integration~~ Teilhabe in der Migrationsgesellschaft ermöglichen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ob in Betrieben, Schulen, Behörden oder Ehrenamt: Wir lassen niemanden mit dieser Herausforderung alleine.

Von Zeile 2668 bis 2673:

~~Unsere Gesellschaft ändert sich beständig~~ In unserem Zwei-Städte-Staat leben wir in einer Migrationsgesellschaft, die durch die von Migrant*innen eingebrachte Vielfalt an Sprachen, Religionen und das betrifft uns alle Hintergründen an kulturellem Reichtum hinzugewonnen hat. Die Aufgabe, die sich ~~für unserer Zusammenleben stellt uns~~ politisch stellt, ist ~~also~~-nicht, jemanden in etwas Vorhandenes zu "integrieren", sondern gesellschaftliche Teilhabe für alle, also auch für Geflüchtete und andere Einwander*innen, zu ermöglichen und Vielfalt in der Migrationsgesellschaft zu ~~organisieren~~ gestalten. Unterschiedlichkeit ist kraftvoll, dynamisch, aber sie birgt auch Potenzial für Konflikte. Dafür setzen wir einen klaren rechtsstaatlichen Rahmen, der die Grundlage für gelingende Teilhabe

Begründung

Abgesehen davon, dass unklar bleibt, was die Überschrift "Migrationsgesellschaft braucht Integrationsgesellschaft" bedeuten soll, plädiert die LAG Flucht und Migration sich in diesem Wahlprogramm langsam von dem Begriff der "Integration" zu lösen. Der Begriff Integration bedient oft die Vorstellung, die Gesellschaft sei eindeutig in Menschen mit oder ohne Einwanderungsgeschichte aufteilbar. Von dieser Annahme wird dann oftmals eine einseitige Bringschuld für denjenigen abgeleitet, die "dazukommen". Aus unserer Sicht ist das zu einfach gedacht, denn es wird der vielschichtigen Lebenswirklichkeit der meisten Menschen in unseren beiden Städten nicht gerecht. Politisch geht es darum, für alle Menschen, unabhängig von ihrem Hintergrund, verbindliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die ihnen ermöglichen, gleichberechtigt am sozialen Leben teilzunehmen und ihre Grundrechte wahrnehmen zu können. Deshalb wollen wir nicht mehr von Integration sprechen, sondern von Politik, die gesellschaftliche Teilhabe in der Migrationsgesellschaft gestaltet. Dabei verkennen wir natürlich nicht, dass dieses Unterfangen große politische und gesellschaftliche Anstrengungen mit sich bringt. Politisch haben wir Grünen schon begonnen diesen Weg zu gehen. So wurde das alte "Integrationskonzept" in dieser Legislatur von einem "Rahmenkonzept gesellschaftliche Teilhabe und Diversity" abgelöst, das die hier vertretene Auffassung im weitesten Sinne teil (siehe <https://gruenlink.de/2ljz>, S.6, 11, 13).